

Alarmstufe Rot für Berlin: Experten fordern radikale Flüchtlingswende!

Albrecht Broemme skizziert in der Berliner Zeitung einen zehn Punkte umfassenden Plan zur Verbesserung der Flüchtlingspolitik in Deutschland.



Täglich strömen mindestens 50 neue Flüchtlinge nach Berlin, viele davon aus der Ukraine. Die Berliner Stadtverwaltung sieht sich mit enormen Herausforderungen konfrontiert: Es mangelt an Unterkünften, Integrationsmöglichkeiten und oft auch an Verständnis in der Bevölkerung. Laut einer aktuellen Umfrage im ARD-Deutschlandtrend halten 77 Prozent der Bürger die Migration für eines der Hauptprobleme unserer Zeit und verlangen nach einer neuen Flüchtlingspolitik. In diesem Kontext schlägt Albrecht Broemme, Berlins oberster Flüchtlingskoordinator, in einem zehn Punkte umfassenden Weckruf vor, dass grundlegende Veränderungen im Migrationssystem dringend notwendig seien, um dem ungebrochenen Ansturm gerecht zu werden, als **Berliner**

Zehn-Punkte-Plan für die Migration

Broemme fordert einen grundlegenden Umbau des Flüchtlingsaufnahme-Systems in Deutschland und Europa. Sein Plan sieht unter anderem eine drastische Reduzierung der Sozialleistungen vor, wobei er vorschlägt, nur das Nötigste bereitzustellen und stattdessen ein Taschengeld während der ersten sechs Monate bereitzustellen. Diese Maßnahmen sollen Anreize zur illegalen Einreise verringern. Die schwierigere Lage der Flüchtlingsaufnahme wird unter anderem durch die Tatsache unterstrichen, dass Deutschland nach wie vor viele anerkannte Asylbewerber nicht in den Arbeitsmarkt integriert hat, während die Arbeitskräfte im Land dringend benötigt werden, wie auch die **Statistiken über Migration** belegen.

Broemme plädiert zudem für strengere Kontrollen an den EU-Außengrenzen und eine umfassende Registrierung aller Ankommenden. Ein schnelleres Asylverfahren soll klären, ob Schutzsuchende einen Asylantrag stellen dürfen. Damit Deutschland nicht nur national handelt, müsse es auch auf europäischer Ebene einen Konsens geben, um die Herausforderungen strukturiert anzupacken. Dies wird umso dringlicher, da Berlin im vergangenen Jahr über 298 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ausgegeben hat. Die Zeit drängt, um angesichts wachsender Flüchtlingszahlen adäquat reagieren zu können und um nicht erneut in eine Krise zu schlittern, wie Broemme eindringlich warnt.

Details

Quellen

- www.berliner-zeitung.de
- www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de